

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Träger der Geschäftsstelle des BBE ist der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: (030) 62 980 110 / Fax: (030) 62 980 151

Nationales Forum für Engagement und Partizipation

Mitglieder

Im Nationalen Forum für Engagement und Partizipation arbeiten Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung, aus Vereinen und Verbänden, der Wissenschaft sowie aus Wirtschaft und Arbeitsleben zusammen. Diesen trisektoralen engagementpolitischen Diskursprozess werden der Sprecherrat, die Sprecher/innen und stellvertretenden Sprecher/innen der BBE-Arbeitsgruppen und der Koordinierungsausschuss des BBE aktiv begleiten. Mitglieder des Forums sind außerdem Unternehmen, die Mitglieder des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, die Bundesministerien, die federführenden Vertreter/innen für Engagementförderung aus den Bundesländern und die Vertreter/innen der kommunalen Spitzenverbände. Das BBE lädt mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitwirkung im Nationalen Forum für Engagement und Partizipation ein und bittet um Mitteilung der grundsätzlichen Bereitschaft an einer Teilnahme in einem thematischen Dialogforum. Aufgrund der knappen Plätze wird jedoch um Verständnis gebeten, sollten nicht alle Anfragen berücksichtigt werden können.

Engagementpolitische Dialogforen

Die inhaltliche Arbeit des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation findet in 10 engagementpolitischen Dialogforen statt, die durch Expertinnen und Experten aus dem BBE und neutrale, methodisch ausgewiesene Moderatoren betreut werden. Die Ergebnisse der Foren werden in der BBE-Geschäftsstelle zusammengeführt, dokumentiert und Anfang Juni 2009 als Empfehlungen für die Strategieentwicklung der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Zum Jahresende 2009 wird das Forum eine vertiefende Dokumentation der bisherigen Ergebnisse unter Einbezug fachlicher Stellungnahmen aus den Dialogforen veröffentlichen. Zu Beginn des Jahres 2010 sollen – eine Förderung vorausgesetzt – die Dialogforen dann im Rahmen eines zweitägigen Kongresses ihre weitere Arbeit planen.

Themenfelder der engagementpolitischen Dialogforen sind:

- DF 1: Infrastruktur: Engagementangebote und Engagementförderung in Bund, Ländern und Kommunen
- DF 2: Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen
- DF 3: Soziale, ökonomische und kulturelle Bedingungsfaktoren für bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt
- DF 4: Engagement in der demokratischen Gesellschaft – Engagement als Partizipation
- DF 5: Engagementförderung durch Unternehmen
- DF 6: Bildungspolitik und Engagementförderung
- DF 7: Qualifizierung und Organisationsentwicklung für Engagierte und Hauptamtliche
- DF 8: Engagementforschung und Politikberatung
- DF 9: Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation in Europa
- DF10: Integration durch Bürgerschaftliches Engagement

DF 1: Infrastruktur: Engagementangebote und Engagementförderung in Bund, Ländern und Kommunen

Die Engagementförderung benötigt nachhaltige Engagement stützende Infrastrukturen in den Vereinen und Verbänden, aber auch spezielle Einrichtungen der Engagementförderung, die wichtige Infrastrukturleistungen für das gesamte Feld erbringen. Das etwa von den Freiwilligenagenturen entwickelte Leitbild einer „zivilgesellschaftlichen Entwicklungsagentur“ reflektiert diese Anforderungen anschaulich.

Das Dialogforum sollte den Bedarf an einer Engagement fördernden Infrastruktur und deren grundlegende Leistungen skizzieren, das Verhältnis von Innovation und Nachhaltigkeit für diese Infrastruktur erläutern und die Erfordernisse des Miteinanders von Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung (Freiwilligenagenturen und -zentren, Stabsstellen und Netzwerken zur Engagementförderung, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, Bürgerstiftungen, mobilen Kompetenzteams etc.) sowie ihre Rolle als Moderatoren, Berater, Vermittler oder auch Vernetzer skizzieren. Die Bedarfe an Engagement fördernder Infrastruktur orientieren sich an der Entwicklung in Engagementfeldern. Daher sollte die Fachgruppe Entwicklungstrends neuer Engagementfelder (etwa: Pflege, Hospiz, Ernährung/Verbraucher) einbeziehen.

Vor diesem Hintergrund sollen zentrale Förderbedarfe für die erforderliche Infrastruktur im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft behandelt werden. Infrastrukturbedarfe der Engagementförderung müssen auch die Neuen Medien/das Internet sowie die Bedeutung der Medien und einer engage-

mentbezogenen Öffentlichkeitsarbeit insgesamt für die Anerkennungskultur des Engagements einbeziehen.

Zudem ist zu fragen: Durch welche Strukturen können auch engagementferne Gruppen erreicht werden? Wie kann das Unternehmensengagement und die Engagementförderung durch Organisationen der Wirtschaft gestärkt werden?

Die bundespolitischen Strukturen der Engagementförderung sollten zudem mit Blick auf ihre Bedeutung und weitere Entwicklungsbedarfe des Feldes der Engagementpolitik erörtert werden: Stichworte wären hier etwa die Fortentwicklung des BBE, die Rolle bundesweiter Knotenpunkte in Infrastruktureinrichtungsverbänden, die künftigen Steuerungsformen im Feld der Engagementpolitik, ihre erforderlichen Plattformen (inkl. zusätzlicher Entwicklungsbedarfe) sowie die prozessualen Zusammenhänge mit dem Parlament (Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement; Engagementbericht) und der Bundesregierung (BMFSFJ, Beauftragter für ZivilEngagement).

DF 2: Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen

Seit den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ wurden bereits wichtige Verbesserungen der rechtlichen Rahmenbedingungen erzielt. Zu nennen sind etwa der Versicherungsschutz oder auch Fortschritte im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht. Dennoch bleibt erheblicher Handlungsbedarf. Die Projektgruppe zur Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts und die Arbeitsgruppe „Rahmenbedingungen“ des BBE haben für die weitere Diskussion u.a. auf folgende zu behandelnde Gesichtspunkte bei rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen hingewiesen:

Rechtliche Rahmenbedingungen:

- Freiwilligenstatusgesetz
- Freiwilligendienststatus (europaweit)
- Verankerung des Engagements im Zuwendungsrecht
- Infrastrukturförderung: Ermöglichung nachhaltiger Förderpolitiken in enger Abstimmung von Bund, Ländern und Kommunen
- Gemeinnützigkeitsrecht: Klärung der „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ als neuer gemeinnütziger Förderzweck
- Europafestigkeit: Beihilfegriff, Gemeinsamer Markt
- Vereinsrecht: Haftungsbegrenzung, Zweckbetrieb

Finanzielle Rahmenbedingungen:

- Geprägeansatz
- nachhaltige Anlage

- siehe auch die Punkte Zuwendungsrecht/ Infrastrukturförderung
- Förderung der nachhaltigen Eigenfinanzierung (Anschubförderungen auch für Fundraising /Stiftung)
- Bundesstiftung

DF 3: Soziale, ökonomische und kulturelle Bedingungsfaktoren für bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Das Potential des bürgerschaftlichen Engagements zur politischen wie sozialen Integration wird durch soziale, ökonomische und kulturelle Voraussetzungen in starkem Maße beeinflusst. So sind etwa die Engagementangebote für bildungsferne Gruppen bislang nicht hinreichend entwickelt mit der Folge, dass der Zugang zu den Bildungseffekten durch bürgerschaftliches Engagement gerade bei bildungsfernen Gruppen, wo diese positive Impulse geben könnten, begrenzt ist.

Auch die Effekte von Armut und ökonomischer Ungleichheit für das Engagement gilt es mit Blick auf die Entfaltung der sozialintegrativen Möglichkeiten des Engagements stärker in den Blick zu nehmen: Wie können Sozial- oder Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik die Rahmenbedingungen der Engagementförderung verbessern, welche Maßnahmen sind hier erforderlich? Wie entwickelt sich das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Engagement? Welche Rolle spielen monetäre Anreize für das Engagement?

Wie können geschlechtsspezifische Rollenmuster und Arbeitsteilungen in Zivilgesellschaft und Drittem Sektor im Sinne des „Gender Mainstreaming“ aufgebrochen werden?

Wie wird sich der demografische Wandel auf das Engagement auswirken?

Im Gefolge des Integrationsplans der Bundesregierung wurden Bedarfe der interkulturellen Öffnung von Einrichtungen und Organisationsformen der Zivilgesellschaft deutlich.

Engagement braucht zeitliche Voraussetzungen, die derzeit etwa durch Verkürzungen der Schulzeit („G 8“), eine Veränderung der universitären Ausbildung (Bologna-Prozess), aber auch durch steigende Mobilitätsanforderungen an Arbeitnehmer/innen sowie durch Verdichtungen der Arbeit gefährdet werden. Wie sind fließende Übergänge zwischen Familie, Erwerbsarbeit, Schul- und Studienzeiten und Engagement möglich, welche Barrieren gilt es auszuräumen? Engagement muss auch in Zukunft biographisch „passen“. In den Diskussionen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit darf die Frage der Vereinbarkeit mit dem Engagement nicht weiter ausgeklammert bleiben.

DF 4: Engagement in der demokratischen Gesellschaft - Engagement als Partizipation

Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ hat mit der Begriffswahl „bürgerschaftliches Engagement“ dessen Bedeutung für politische Integration und das demokratische System in Staat und Gesellschaft hervorgehoben. In den Diskussionen der Engagementförderung wird freilich die demokratiepolitische Dimension des bürgerschaftlichen Engagements oftmals unterschätzt und ausgeklammert. Daher sollte die politisch-integrative Kraft des Engagements für die künftigen Diskurse der Engagementförderung erneut und aktuell konturiert werden.

Politikverdrossenheit und Wandel der Engagementmotive betreffen zunächst, so die Forschung, vor allem die Parteien und großen Verbandsformen. Kann Engagement der repräsentativen Demokratie und ihren Organisationsformen neue Kraft zuführen? Welche Veränderungen sind erforderlich, um die aktive Mitgestaltung des öffentlichen Raums durch engagierte Bürgerinnen und Bürger zu stärken? Welche Rolle spielt dabei die sozialräumliche Dimension für politische Partizipation? Welche neuen Formen des Engagements, der Beteiligung und des Mittuns in der Kommune können im Sinne der "Sozialen Stadt" weiterentwickelt werden? Welche Bedeutung kommt Vertrauenswürdigkeit und Transparenz in politischen wie auch zivilgesellschaftlichen Organisationen zu, wie kann sie gestärkt werden?

Wie kann Beteiligung als Teil selbstverständlicher Anerkennungskultur in Einrichtungen und Trägerstrukturen des Engagements, aber auch in Bund, Ländern und Kommunen ausgebaut werden? Wie können die politischen Dimensionen des bürgerschaftlichen Engagements schärfer konturiert werden? Wo vor allem lassen sich diese Dimensionen auffinden?

DF 5: Engagementförderung durch Unternehmen

Die Engagementförderung durch Unternehmen und das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen ist in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Welche Plattformen für diese unternehmerischen Aktivitäten bestehen bereits, welche sind im Aufbau und wo liegen hier die Bedarfe? Wie können auch KMU in ihrem gesellschaftlichen Engagement und dessen strategischer Weiterentwicklung gestärkt werden?

Wie kann die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Organisationen und Akteuren der Zivilgesellschaft verbessert und vertieft werden? Welche niedrigschwelligen Zugänge (etwa die „Marktplatzmethode“) sind derzeit vorhanden, welche Entwicklungsbedarfe gibt es hier? Wie und unter welchen Voraussetzungen sind künftig verstärkt strategische Partnerschaften zwischen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren möglich? Wie können Organisationen der Wirtschaft dafür gewonnen werden, gerade auch im Hinblick auf das vielfältige Engagement mittelständischer Firmen eine unterstützende und koordinierende Rolle zu übernehmen? Wie kann die Politik das Engagement von Unternehmen fördern und anerkennen (z.B. Beschaffungswesen)? Welche Vernetzungsmöglichkeiten von Unternehmen bei Projekten bestehen oder müssen geschaffen werden? Welche Engagementfelder müssen prioritär entwickelt werden?

Wie kann das Verhältnis von Wirtschaft und Zivilgesellschaft entwickelt werden, welche Fragen sollten dabei im Vordergrund stehen (etwa: Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse, CSR, Arbeitsrecht, Social Entrepreneurship)?

DF 6: Bildungspolitik und Engagementförderung

Neben der Familie sind Bildungsinstitutionen zentrale Sozialisationsinstanzen für bürgerschaftliche Prägungen, Werte und Handlungsmotive. In den Bildungsinstitutionen, so die Diskussionen der letzten Jahre, sind massive Öffnungs- und Umbauprozesse erforderlich, um die Bildungsdimensionen des bürgerschaftlichen Engagements fruchtbar zu machen und zu entwickeln. In den bildungspolitischen Diskussionen vor allem der Ganztagschule sind diese Bedarfe bereits ebenso deutlich geworden wie die großen Probleme, die Schule als Institution für das Engagement zu öffnen. Die Erfahrungen des BLK-Programms und der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, die Kompetenzen der politischen Bildung sowie von Programmen wie dem „Service Learning“ gilt es systematisch für die Bildungspolitik fruchtbar zu machen. Die „Nationale Engagementstrategie“ bietet hierfür eine große Chance. Auch die Institutionen der Erwachsenenbildung können stärker noch als bisher Konzepte des „lebenslangen Lernens“ mit Themen und Bedarfen des bürgerschaftlichen Engagements verbinden.

DF 7: Qualifizierung und Organisationsentwicklung für Engagierte und Hauptamtliche

Für die künftige Engagementförderung von zentraler Bedeutung sind gut ausgebaute Aus- und Fortbildungsangebote für Hauptamtliche und Engagierte. So sind etwa in den sozialen Berufen die Ausbildungsgänge sehr viel stärker auf Kooperationen mit Engagierten auszurichten. Es gilt, engagementspezifische Ausbildungsangebote sind in Berufsausbildung, in Fachhochschulen und Universitäten auf- und auszubauen.

Angesichts tief greifender Veränderungsprozesse in den Tätigkeitsfeldern der Gesellschaft gilt es, die „Berufs“bilder für Haupt- und Ehrenamtliche zu schärfen. Wie können Fortbildungsangebote für Engagierte und Hauptamtliche ausgebaut und vernetzt werden?

Eine Anerkennung des Engagements besteht auch in der Zertifizierung der im Engagement erfolgten Bildungsprozesse und erworbenen (Schlüssel)Qualifikationen. Wie kann eine solche Zertifizierung Engagement fördernd und aner kennend bundesweit weiterentwickelt werden?

In Einrichtungen und auch in Trägerstrukturen der Engagements müssen Prozesse der Engagement fördernden Organisationsentwicklung auf allen Ebenen (vom Leitbild bis zum Freiwilligenmanagement) fortentwickelt werden. Welche Handlungsbedarfe und welche verbesserten Rahmenbedingungen sind hier erforderlich?

DF 8: Engagementforschung und Politikberatung

Der Forschungsstand zu bürgerschaftlichem Engagement, Zivilgesellschaft und Drittem Sektor wie auch zum Engagement von Unternehmen ist entwicklungsbedürftig. Dabei sollten bestehende und bewährte Instrumente der Forschung - wie etwa der Freiwilligensurvey - ergänzt werden um organisationsbezogene und qualitative Studien. Die ökonomische Dimension des Engagements sollte in den künftigen Forschungen zwar ebenfalls erforscht werden, doch keineswegs die sozialen, politischen, bildungsspezifischen oder kulturellen Funktionen des Engagements an den Rand drängen. Erforderlich sind empirische Daten, die auch im europäischen (und internationalen) Vergleich bestehen können und diesen unterstützen. Zudem sind die Bedarfe der notwendigen Grundlagenforschung zu skizzieren.

Das Dialogforum sollte die absehbaren Forschungsbedarfe benennen, die Akzente und Gesichtspunkte einer Forschungsagenda konturieren und vor diesem Hintergrund zum einen forschungspolitische Handlungsbedarfe, zum anderen aber auch Eckpunkte einer künftigen Berichterstattung in einem nationalen „Engagementbericht“ aus wissenschaftlicher Sicht benennen. Vor diesem Hintergrund wären auch erste Hinweise auf künftige Bedarfe einer engagementpolitischen Politikberatung und auch auf deren Besonderheiten auch als Zivilgesellschaftsberatung sinnvoll und wünschenswert. Welche Rolle spielen künftig eine wissenschaftliche Evaluation von politischen Programmen der Engagementförderung und welche Kriterien sollten dabei im Vordergrund stehen?

Der Aufbau eines Wissenschaftsnetzwerkes zu den Fragen von Zivilgesellschaft, Engagement und Drittem Sektor sollte transparent erfolgen und auch öffentlich thematisiert werden. Aufbau und Realisierung eines umfassenden Forschungsprogramms inklusive seiner finanziellen Absicherung sind zu klären. Dabei sollte auch die Rolle der Wissenschaftsförderung durch Unternehmen einbezogen werden.

DF 9: Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation in Europa

In den letzten Jahren ist die Bedeutung der europäischen Ebene für die Engagementpolitik merklich gestiegen. Dies bezieht sich nicht nur, wie oft verkürzt dargestellt, auf einzelne EU-Förderprogramme (*Europa für Bürgerinnen und Bürger, Lebenslanges Lernen, Jugend in Aktion*), in denen die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements in der Gemeinschaft als Förderziel ausgewiesen wird. Auch in einzelnen Politikfeldern der EU (etwa in der offenen Koordinierungsmethode im Jugendbereich, in der Seniorenpolitik, im „Sozialen“ und „Zivilen Dialog“ oder in der Diskussion um ein europäisches Stiftungs- und Vereinsrecht) wurde die Notwendigkeit der Förderung freiwilligen Engagements (*Volunteering*) auch ansatzweise als konzeptioneller Rahmen benannt. Das von der EU-Kommission angekündigte *European Year of Volunteering 2011* wird dem Engagementdiskurs auf europäischer Ebene dabei zusätzlichen Auftrieb geben.

Von einer bereichsübergreifenden europäischen Engagementpolitik im eingangs skizzierten Sinne kann bisher jedoch noch kaum gesprochen werden. Ziel dieses Dialogforums ist es

daher, die unterschiedlichen engagementpolitischen Ansätze in einzelnen europäischen Politikfeldern herauszustellen und eine übergreifende Strategie zu skizzieren. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Dialogforums ist zudem die Betrachtung europäischer Strukturen und Instrumente der Engagement- und Partizipationsförderung und die Herausarbeitung ihrer Entwicklungsbedarfe.

Des Weiteren sollen unterschiedliche nationale Konzepte zu Engagement und Partizipation analysiert und verglichen werden. Für die „Nationale Engagementstrategie“ bietet der europäische Vergleich dabei zusätzlich die Möglichkeit, von den Erfahrungen der europäischen Nachbarn zu lernen und sich ggf. an internationalen Benchmarks zu orientieren.

DF 10: Integration durch bürgerschaftliches Engagement

Laut Freiwilligensurvey und weiteren Erhebungen zum bürgerschaftlichen Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind Leitbilder und Praxis des bürgerschaftlichen Engagements in der Aufnahmegesellschaft nicht hinreichend geläufig. Die stärkere Übernahme von Führungsaufgaben in Assoziationen der Bürgergesellschaft wird durch Unsicherheiten vor Aufgaben und komplexen Rechtslagen, insgesamt durch ein Gefühl der Überforderung verhindert. Die Bedeutung von Migrant*innenorganisationen (MO) als Brücken der Integration wird immer noch weithin unterschätzt.

Vor diesem Hintergrund soll das Dialogforum Rahmenbedingungen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von Migrant*innen und Migranten erörtern und entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeiten. Einbezogen werden sollen dabei die Ergebnisse des Nationalen Integrationsplans zum bürgerschaftlichen Engagement und die Konzeptionen des BAMF zur Förderung von MO. Als Teilnehmer*innen dieses Dialogforums sind auch Vertreter*innen und Vertreter von MO einzubeziehen.

Kontakt:

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation

Michaelkirchstraße 17-18

10179 Berlin

Tel.: 030-62980-625

Fax: 030-62980-151

forum@b-b-e.de